

Presseerklärung des Bündnisses gegen „Extremismusstudien“ am Rauhen Haus

In den letzten Wochen haben wir erfahren, dass am Institut für Soziale Praxis am Rauhen Haus, welches seit Anfang des Jahres an die evangelische Hochschule angegliedert ist, eine Studie über sogenannte „linksautonome Jugendliche“ durchgeführt wird. Diese soll Aufschluss über Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren geben, die sich selber als „linksautonom“ begreifen. Es soll hierbei unter anderem geklärt werden, ob diese „Szene“ an „gewalttätigen Auseinandersetzungen in „Szenestadtteilen“ und Sachbeschädigungen in Hamburg“ (Forschungsauftrag) beteiligt war und ob dies politisch motiviert war. Des Weiteren soll erforscht werden, ob und wie die Sozialarbeit dort eingreifen kann/muss.

Die Studie reiht sich somit in einen seit längerer Zeit bestehenden Extremismuskurs ein, den konservative Politiker_innen immer weiter voran treiben. Dabei ist der Begriff des Extremismus vor allem ein Kampfbegriff, mit dem politisch unliebsame Bewegungen delegitimiert werden sollen.

Diesem Diskurs liegt die sogenannte „Hufeisen Theorie“ zu Grunde, die politische Meinungen im Bild eines Hufeisens darstellt. An den Enden dieses Hufeisens befinden sich Links- und Rechtsextremismus, dazwischen die politische Mitte. Vertreter_innen dieser absurden Theorie gehen davon aus, dass sich Links- und Rechtsextremisten an den äußeren Enden des Hufeisens fast begegnen. Es findet somit eine Gleichsetzung statt, Ziele und Ideale Linker Ideen werden vollkommen außer Acht gelassen.

Dass die evangelische Hochschule des Rauhen Hauses diesen Diskurs und die damit verbundene Theorie durch ihre Studie mit trägt finden wir absolut inakzeptabel.

Wenn gerade - wie aktuell - etliche soziale Projekte gegen Rassismus an die Kette gelegt werden, indem ihnen mit dem Entzug von Geldern gedroht wird, wenn sie nicht Klauseln unterschreiben, die ihnen eine Zusammenarbeit mit Gruppen verbieten, die vom Verfassungsschutz als extremistisch angesehen werden, so lässt dies diese Studie noch zweifelhafter erscheinen. Unhinterfragt werden hier die Vorgaben der Geheimdienste übernommen, ohne Möglichkeit deren Erkenntnisse effektiv in Frage zu stellen und zu überprüfen.

Ein Sprecher des AStA sagt:

„Aus unserer Sicht stellen derart suggestive Forschungsvorhaben eine Verkennung und Verleugnung realer gesellschaftlicher Verhältnisse da. Der sog. „Linksextremismus“ wird von BKA und Innenministerkonferenz zum Staatsfeind Nummer 1 hochstilisiert, um jeglichen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse im Keim zu ersticken.“

Die Verantwortlichen der Studie versuchen unterdessen, sich mit lückenhaften Argumenten zu legitimieren. Zum einen wird behauptet, man forsche nicht an „Linksextremisten“ sondern an „Linksautonomen“, der Extremismuskurs spiele deswegen keine Rolle. Zum anderen sieht man aber in der Studie die einzige Möglichkeit, sich an eben diesem Diskurs zu beteiligen. Dies ist nicht nur ein Widerspruch in sich, sondern auch vollkommen abseits aller Tatsachen. Zum einen stammen die Gelder für die Studie, die sich auf 43.400 Euro belaufen,

von der Initiative „Demokratie stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die „insbesondere präventiv gegen Linksextremismus und islamistischen Extremismus vorgeht“ (www.bmfsfj.de). Sie ist also klar als Studie über Linksextremismus zu begreifen. Zum anderen müssen, um in den Diskurs einzusteigen, nicht seine falschen Thesen mitgetragen werden. Viel sinnvoller ist es doch, diese zu kritisieren und als falsch zu entlarven.

Diese und andere Studien dienen dazu, politische Meinungen zu pädagogisieren. Ziele und Utopien der Menschen bleiben unbeachtet, ihre Handlungen werden als pädagogisches Problem und somit als „behandelbar“ dargestellt. Die „politische Mitte“ schützt sich so vor Kritik. Sie möchte weiterhin als einzig normal betrachtet werden.

Radikale Kritik, die so unerwünscht zu sein scheint, halten wir für einen wichtigen Bestandteil einer jeden Gesellschaft. Auseinandersetzung, Widerstand und Bewegung sind ein Kernstück jeder fortschrittlichen Gesellschaft jenseits autoritärer Zustände.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Studie durch das Institut für soziale Praxis.

Wir rufen dazu auf, sich nicht an der Studie zu beteiligen.

Schluss mit Extremismusquatsch!

Bündnis gegen „Extremismusstudien“ am Rauhen Haus